

Saale-Zeitung.

Achtundzwanzigster Jahrgang.

Bezugspreis für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei einmaliger Zustellung 2,75 M., durch die Post 3 M., wöchentlich 2 M., monatlich 1 M., ohne Befreiung. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Nr. 5832 des amtl. Zeit.-Berg. Für die Redaktion verantwortlich: Hans Baumbach in Halle. (Schriftverbindung mit Berlin, Leipzig, Magdeburg etc.) (Schluß-Nr. 176.)

Anzeigen werden die Spaltepreis oder deren Raum mit 20 Pfg. folde aus Halle mit 15 Pfg. berechnet und in der Expedition, von unseren Annoncenstellen und allen Annoncen-Expeditoren angenommen. Reflektoren die Zeit 50 Pfg. Erhalten wöchentlich postum; Sonntag und Montag einmal, sonst zweimal täglich. (Der Nachdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.)

Nr. 96.

Halle a. d. Saale, Dienstag den 27. Februar

1894.

Bestellungen

auf die Saale-Zeitung für den Monat März werden von allen Reichspostanstalten zum Preise von 1 M. angenommen. Die Saale-Zeitung wird nach außerhalb ohne Ausnahme täglich zweimal sofort nach Erscheinen mit den nächsten Zügen versandt.

Durch eine Aenderung in der Versandart und Einrichtung eines besonderen Telephon- und Telegrammdienstes bringt die Saale-Zeitung die neuesten Nachrichten gleichzeitig mit den Berliner Blättern, die wichtigsten Kurse der Berliner Börse sogar früher wie diese.

Für Halle, Siebichstein und Trotha werden Bestellungen von der unterzeichneten Expedition, den Ausdrückern und den verschiedenen Ausgabestellen angenommen. Je nach Wunsch erfolgt die Zustellung zweimal täglich, morgens und abends, oder einmal täglich (Morgen- und Abend-Ausgabe zusammen) abends. Bei einmaliger Zustellung beträgt die Abonnementgebühr für den Monat März 85 Pfg., bei zweimaliger Zustellung 1 M.

Die Expedition.

Deutsches Reich.

Die Reichsaussichtung.

Berlin, 26. Febr. (Fernsprecherbericht.) So gefüllt, wie man es nach den bisherigen Bemühungen der Reichsaussichtungs-Kommission hätte erwarten dürfen und wie die Wichtigkeit des Gegenstandes verlangte, war das Haus heute zu Beginn der Erörterung über den russischen Handelsvertrag nicht besetzt. Auf die Verkünder dagegen erfolgte ein wüthender Sturm und Humbert von Menschen hatten draußen an den Eingangsportalen des Reichstages, Einlaß begehrend. Der erste Debatte entsprach durchaus nicht den hochgepriesenen Erwartungen, obwohl das Bild in Saale ganz interessante Gruppen anbot. Fast sämtliche Reichstagsmitglieder zeigten sich an den Bundesrathstischen. Von den preussischen Ministern fehlten nur Graf Gulerburg und Miquel. Eine gewisse Enttäuschung rief es hervor, daß die Vorlage nicht vom Regierungsaussichtungsamt eingeleitet wurde, sondern als erster Nebenredner ein Gegner der Vorlage das Wort erhielt: Graf Mierob. Wie ermerlicke, hatten seine Parteigenossen ihn im Vorhand, für die Vorlage zu sein. Von diesem Vorhand hat er sich allerdings gründlich gereinigt. Seine fast unerschütterliche Rede betraf den gegenwärtigen Standpunkt der Agrarier, die auch in der Aufhebung des Deutschnachweises keine Kompensation für die Annahme des Vertrages sehen. Graf Mierob wünschte sich schließlich unter dem Vorwand seiner konserativen Freunde die Mitgliedschaft des Fürsten Blumard zurück. Staatssekretär von Marschall erklärte sich in den wichtigsten und schlagendsten Gründen für die Annahme des Vertrages, ohne etwas anderes als scharfen Widerspruch von Seiten der Rechten zu erfahren. Das Centrum hielt mit seinen Urtheils-Äußerungen vollständig zurück. Graf Mierob sprach im Namen derjenigen Freireformirten, die gegen den Vertrag stimmen, und das scheint ein größerer Theil zu sein, als diejenige Minderheit, die den Stimmzettel für sich repräsentirt. Nach einer warmen Rede Mierob's lag der Vertrag vorläufig bei. Es folgten noch einige persönliche Bemerkungen und die formelle Abstimmung über die drei Wahlprüfungen, bei denen am Sonnabend schriftliche Anträge vorliegen.

Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 26. Febr. (Fernsprecherbericht.) Das Abgeordnetenhause beschloß heute den Etat der direkten Steuern, wobei namentlich das Verlangen bei der Einkommensteuer vermehrt wurde. Finanzminister Miquel vertheidigte das Verlangen; es wurden aber fünf schriftliche Anträge gemacht. Regierungssitzung erfolgte dann die Mittelfrage, daß die Anrechnung einer nachweislich höheren Klammernquote als 1/4 bis 1/2 Proz. bei Einkünften des Ertrages von Gehältern zulässig sei. Weiter eine Häusersteuer schwächen noch Ertragungen. Abg. D. Schalkha sprach sich gegen die Verminderung der Kreissteuern aus. Der Etat der direkten Steuern wurde jedoch genehmigt, ebenso die Einnahmen aus laufenden Ausgaben des Etats der indirekten Steuern. Morgen Fortsetzung der Etatsberatung.

Seine Monarchenbegegnung.

(Telegramm.) Die Nachricht, daß in Abbazia eine Begegnung zwischen dem Kaiser von Oesterreich und dem Kaiser von Italien stattfinden werde, ist unzutreffend. (Wir hatten von der Meldung gar nicht erst Notiz genommen. Die Red.) Daß Kaiser Franz Josef die deutschen Majestäten besuchen wird, ist schon gemeldet. Der Zar dagegen befindet sich zu jener Zeit in der Krone, und auch der König Humbert von Italien wird schwerlich nach Abbazia an österreichisches Gebiet kommen. Bekanntlich schied der Kaiser Franz Josef noch immer den Gegenstand dem König Humbert. Deshalb erscheint eine Zusammenkunft mit dem König von Italien an österreichischem Gebiete unwahrscheinlich.

Finanzminister Miquel und die Handelsverträge.

(Telegramm.) Von vertrauenswerther Seite wird der „Post.“ mitgeteilt, daß sich der Minister Dr. Miquel, welcher dem Besahnt des brandenburgischen Provinzial-Landtages als Abgeordneter betheiligte, auf diesen feste in privater Unterhaltung sehr deutlich gegen die Handelsverträge ausgesprochen und seiner

Ueberzeugung Ausdruck gegeben habe, daß kein Agrarier für den deutsch-russischen Handelsvertrag stimmen werde. Herr Miquel that diese Aeußerung so nahe dem Kaiser, daß dieser sie sehr wohl hätte hören können. Die „Post.“ gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß der Vorgang bald aufgeklärt werden möge. Befähigt die Nachricht sich so, so würde das Verhalten des Herrn Miquel als preussischen Ministers schwer verständlich. Der „Post.“ wird auch bestätigt, daß Herr Miquel sich im Staatsministerium gegen die Aufhebung der Staffelfortsetzung ausgesprochen hat, und zwar im Widerspruch zu der Meinung des Herrn Zehlen, die für die Aufhebung der Staffelfortsetzung laute und die auch vom Reichsminister und Herrn v. Marschall getheilt wird.

Verkaufungs-Statistik.

(Telegramm.) Auf Grund der letzten Steuererklärungen wird eine landwirthschaftliche Verkaufungs-Statistik ausgearbeitet.

Zur Agendenfrage.

In der Angelegenheit des Agenden-Couroufs, und in der bisherigen Bearbeitung einer neuen Agende, in welcher eine Anzahl von Notabeln der evangelischen Kirche dem Oberkirchenrath ihre schweren Bedenken ausgesprochen haben, ist noch nachzutragen, daß Anstalt-Erklärungen durch den Herrn Geheimrath Dr. Koch, Berlin SW., Großbeerstraße 8, dem Oberkirchenrath überreicht werden sollen.

Kolonialpolitische.

Eine Art Programm für die Kolonialarbeit in Deutsch-Ostafrika entwickelt der bekannte Kolonialpolitiker Konrad A. D. Vohsen in einer Schrift, die eben bei F. Fontane in Berlin erschienen ist. Der Verfasser führt aus, daß die Herstellung einer Eisenbahn nach den Seen als das vorzüglichste Mittel zur Erschließung und Ausbarmachung unserer Kolonie betrachte; aber die Vertheilung der bestehenden, und die Begründung neuer Stationen im Innern unseres Gebietes könne er nicht billigen, so lange nicht durch die Erbauung dieser Bahn eine feste Verbindung zwischen der Küste und dem im Innern befindlichen Stationen geschaffen ist, wie sie die regelmäßige Fernverbindung und die Sicherheit der Stationen erfordert. Dann heißt es weiter: „Ich bin der Ansicht, daß dem Vahnanbau folgende, erst dann mit der Errichtung militärischer Stationen verbunden werden sollte, nachdem sich an den Haltestellen der Bahn Kultur- und Handelscentralstellen entwickelt haben und praktische Interessen zu wahren sind. Vorher ist auch eine erfolgreiche Bekämpfung des Sklavenhandels kaum zu denken. Die Vertheilung einer aufstrebenden Aktion gegen den Sklavenhandel und zur wirtschaftlichen Erschließung des Innern können bis dahin vertrauensvoll den Missionen und der Einwirkung der dem Gouverneur unterstellten politischen Agenten überlassen bleiben, die an den Missionen Stützpunkte für ihre Arbeit suchen und finden müssen. Haben wir durch die Einrichtung einer geordneten Verwaltung in dem Küstengebiet, durch den Bau von Eisenbahnen, die Verbringung von Dampfern nach den Seen und Einrichtung von Faktoreien an denselben unser Gebiet erst einmal mit einem Civilisationsbrünge umspant, das Innere durch die Begründung von Missionen, Anstalten und die Entsendung von Regierungsgagenten mit einem tief civilisatorischer Faktoren versehen, so ist die wichtigste Arbeit vollbracht, und es wird sich die weitere Entwicklung von selbst ergeben. Es ist meine Ueberzeugung, daß wenn nach diesen oder ähnlichen Grundzügen verfahren wird, wir, was die Verwaltung und den militärischen Schutz unseres Gebietes anbelangt, sehr bald die Kosten aus den Einnahmen, welche wir erzielen, werden decken können. Was die Zukunft unserer Kolonie betrifft, so würde damit der richtige Weg zu einer gelunden, fortschrittlichen, nämlich zu einer der Entwicklung der wirtschaftlichen Hülfquellen des Landes folgenden Verwerthung unseres überseeischen Besitzes in Ostafrika betreten werden.“

Vertheilene Mittel.

(Telegramm.) Die Nachricht, daß in nächster Zeit eine erhebliche Vermehrung der Silberanproduktion an allen Reichsmünzstätten stattfinden sollte, können wir noch dahin erwarten, daß in gerader Zeit 22,650,000 M. in Reichsilbermünzen ausgegeben werden sollen. Nach dem Münzgesetz vom 9. Juli 1873 dürfen Silbermünzen bis zum Höchstbetrage von 10 M. pro Kopf der Bevölkerung turken. Die letzte Volkszählung ergab 49,428,470 Köpfe, was für die gedachte Frage 494 Millionen M. Silberprägung erlaubt. Bisher sind aber nur 47,838,574 M. ausgegeben, so daß jener Überschub ein beträchtlicher Einbruch nicht im Wege steht.

„Zum Vorhand des Reichsbereichs“ in Gibeid wurde beschloßen, dem Fürsten Bismarck am 1. April zu seinem Geburtstag in Friedrichsruh einen Fideikommiss zu bringen; die Vertheilung dürfte vorläufig werden.

„Dem chemischen sozialdemokratischen Organ ist, wie es sagt, durch einen „Zusatz“ folgendes „vertrauliche Aftenstück“ in die Hände geraten: Geheim! Hierdurch erhalten Sie Befehl, Erörterungen darüber anzustellen, ob in den Landgemeinden des Nord-Ostpreussens die höchsten Rekruten sich befinden, welche bereits eine gewisse Führerrolle in der sozialdemokratischen Partei eingenommen haben oder wenigstens als eifrig und selbstbewußte Vertreter ihrer Partei gelten. Der Erfolg ist wegen des Anfangs Juli 1890 stattfindenden Ober-Ordnungs-Erlasses spätestens bis zum 21. Juni 1890 anzugeben. Im übrigen ist auch Anzeigebuchmal dann und auch zu ermitteln, sobald Ihnen noch nach der Aufhebung weite Personen der gebildeten Art bekannt werden sollten.“

Annaberg, den 5. Juni 1890. Königlich-Preussischer Amtshauptmannschaft. Ein Herr Gendarm in ...

(Telegramm.) Einige Bestellungen haben in den letzten Tagen die Nachricht verbreitet, es sei am 8. Febr. der Reichshaus der militärischen Aufschifferabteilung in Magdeburg in Folge Zerfalls des Tones entfallen. Man habe noch 3 Tage nachher nicht gemerkt, was aus den Umständen des Zerfalls hervorgeht geworden ist. Die Nachricht, so schreibt der „Reichsbereich“, ist irrig. Die Fahrt des Wollons der Aufschifferabteilung Köln am 8. Febr. war als Verlegung der Wollons in den letzten Tagen der Aufschifferabteilung Magdeburg, der Wollon ist an demselben Tage ohne Unfall bei dem Dofe Nothe in Kreuze Sülzer gelandet und gleichfalls an demselben Tage trat eine Anzahl mit der Eisenbahn die Rückreise nach Köln an.

Oesterreich-Ungarn.

Zur Fortführung der Saluta-Regulirung. Wien, 26. Febr. (Telegramm.) Abgeordnetenhause. Der Finanzminister Dr. v. Plener brachte heute den Besahnt der Salutaregulirung drei Gesetze vor. Der erste betrifft gemäß dem Uebereinkommen mit Ungarn die Einziehung von 200 Millionen Staatsnoten, nämlich der gekammerten Einzulden und einen Theil der fünf- und der fünfzigguldennoten. Die Einziehung erfolgt durch beide Regierungen mittels Ausgabe von 40 Millionen Einzuldennoten, ferner von Silbergulden und von Banknoten, die von der österreichisch-ungarischen Bank gegen Erlegung von Zwanzigtausend Gulden in Gold bis zum Höchstbetrage von 160 Millionen zu beschaffen sind. Die Bank hat das erhaltene Geld nur für die Dedung der tauschweise ausgegebenen Banknoten zu verwenden. Die Einzuldenpflicht für die Einzuldennoten erlischt am 31. Dez. 1890. Der zweite Gesetzentwurf überläßt dem Finanzminister 120 Millionen Gulden aus den schon geprägten Zwanzigtausend Gulden in Gold als die weite Reichsreichsnotenzugewinnung entfallende Einzuldensumme. Der dritte Gesetzentwurf ermächtigt den Finanzminister, die schwebende Schuld in Partial-Hypotheken-Anleiheungen um 30 Millionen einzulden zu vermindern, jedoch er den Zeitpunkt für angemessen erachtet, und die Zahlungsmittel durch eine höchstens vierprozentige Renten Schuld zu beschaffen.

Wien, 26. Febr. (Telegramm.) Der Motivenbericht zu den heute eingebrachten Salutaregulirungen erklärt die vorgeschlagenen Maßnahmen als einen Schritt zur schließlichen Erreichung des von der Regierung im Auge behaltenen Zieltes der Herabsetzung der Metallcirculation auf Grund der Goldwahrung. Die Einzuldenarbeit der Banknoten gegen gleichzeitige Wahrung der Banknoten und Erreichung der Stabilität des gesetzlichen Wertes des Banknotenmarktes ausgesprochen werden. Die behauptete Unerreichbarkeit der Wahrung, die Lage des österreichischen Geldmarktes störende Spekulationen läßt den baldigen Beginn der Einzulden der Staatsnoten und Anwerthung derselben nach Maßgabe der bereits vorhandenen Mittel um so ratsamer erscheinen.

Italien.

Wieder eine Bombe.

Wien, 26. Febr. (Telegramm.) Gestern abend wurde im Teatro nuovo während der Vorstellung von „Delfino“ eine Bombe durch ein Fenster nach der Bühne geworfen. Es erfolgte eine heftige Explosion, so daß die Fenster zertrümmert wurden. Der Orchesterdirigirt ließ die Königs-Hymne und die Garibaldi-Hymne spielen. Das Publikum glaubte, es handle sich um einen zu der bengalischen Bezeichnung gehörigen Effekt. Ein Unglücksfall ist nicht vorgekommen. Der mutmaßliche Thäter ist verhaftet.

Halle und Umgegend.

Halle, 27. Februar.

(Stadtverordneten-Versammlung.) In ihrer gestern öffentlichen Sitzung genehmigte die Stadtverordneten-Versammlung die Verpachtung einer Wiese in der Planenaer Aue sowie die Abtretung von Land an eine Braunkohlengrube. Dann wurde die Entlassung der Rechnung des Rathes für 1890 ausgesprochen, die Entlassung der Rechnung des Rathes für 1889 und 1891 wurde ausgesagt und einige Ausgabebücher nach längerer Erörterung einstimmig beantragt. Ferner wurde die Entlassung der Rechnung über Erwerb und Ausgab der Halle ausgesprochen. Für Pfasterungen und Kanalisirungen wurden provisorisch folgende Beträge bewilligt: Bezugsbuchung (weil Umplasterungen: Verträge 3500 M., Verträgebuchung (weil Umplasterungen) 4282 M., Gutsbuchung (weil Umplasterungen) 8400 M., Schlichter Verträgebuchung bis 1890 1800 M., Ertragbuchung 3100 M., Aufhebung der Schlichter in der Gr. Ulrichstraße, hinter der Ulrichstraße (am Diakonatsgebäude) 1200 M., Schlichterübergänge 4200 M.; Regulirungen: Robert Franzstraße (von Mühlstraße bis Pfäferscher Straße) 21,400 M., Mühlstraße (Zwischen Mühlstraße bis Pfäferscher Straße) 6750 M., Verlegung der Eisenbahnweiche auf der Mühlstraße 500 M., Zerstörungsbüchungen 5000 M., Wohlthätigkeitsvereine 2200 M.; Kanalisirungen: Mühlstraße 2000 M., Spitze 2000 M., Kellerstraße 1200 M. Die Hausbaltpläne für Gutsbuchung, Wasserwerk, Oberwaldschule, Stadtbathhaus für 1894/95 wurden nach teilweise langer Erörterung mit einer größeren Anzahl Zusatzanträge genehmigt.

(Der Deutsche Anstaltoren-Verein.) Hauptversammlungen der Anstaltoren-Beamten und Berufsgenossen, der einen allgemeinen Bedürfnisfrage entzogen ist, daß während der drei Jahre seines Bestehens einen so reichen Aufschwung genommen, was der Verein bereits über 5000 ordentliche und etwa 300 Ehrenmitglieder zählt. 2 Subdirtitionen und 2 Abtheilungen nebst 110 Vereinen in allen Provinzen des Reiches vermitteln den Reichsgenossen den Anstaltoren und der Vereinen in Berlin 2. Febr. 19. Ein eigenes Vereinsorgan ist bestimmt, die humanen Beirathungen des Vereins in die Welt hinauszutragen und den Zusammenhang der Vereinsmitglieder unter einander herzustellen.







